



Hintergrund des Beteiligungsverfahrens

Die Modernisierung und der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Voraussetzungen für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Gerade für den für Deutschland so wichtigen Export von Gütern sind wir auf ein gutes Transportsystem angewiesen. Auch die Bürgerinnen und Bürger müssen und wollen mobil sein, nicht nur beim Weg zur Arbeit, zur Ausbildung oder zum Einkaufen, sondern auch in der Freizeit. Die Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsträger, wie z. B. der Schiene, ist ohne den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur ebenfalls nicht möglich. Gleichzeitig führen Verkehrsinvestitionen jedoch häufig zu Belastungen für die in ihrer Nähe lebenden Menschen insbesondere durch Lärmemissionen. Proteste und Widerstände gegen den Ausbau der Verkehrswege sind die Folge.

Ein Grund dafür ist, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend und vor allem nicht früh genug beteiligt fühlen, obwohl bereits heute auf allen Ebenen der Verkehrswegeplanung eine Beteiligung gesetzlich vorgesehen ist. In der Praxis werden die Menschen aber häufig nicht erreicht, so dass neue Formen planungsbegleitender Bürgerbeteiligung erforderlich sind. Ziel muss sein, die Bürgerinnen und Bürger bei größeren Infrastrukturprojekten stärker und vor allem früher einzubinden.

Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat daher im November 2012 ein "Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor" veröffentlicht, das in den Anlagen am Ende der Seite zum Herunterladen zur Verfügung steht. Das Handbuch richtet sich an alle Verantwortlichen im Bereich konkreter Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie an Bürgerinnen und Bürger. Es enthält Vorschläge dazu, wie die bestehende formelle Beteiligung auf den unterschiedlichen Verfahrensebenen verbessert und um informelle Beteiligungsschritte ergänzt werden kann.

Verfahrensebenen	Planungsstufe bzw. Verwaltungsverfahren	Bürgerbeteiligung
Bedarfsplanung	Vorbereitung des BVWP und Projektanmeldungen	Informelle Beteiligung durch BMVI und/oder Länder
	Aufstellung des BVWP bis Kabinettsbeschluss	Formelle Beteiligung im Rahmen der SUP
	Aufstellung von Bedarfsplänen, Gesetzgebungsverfahren zu Ausbaugesetzen Straße bzw. Schiene	
Raumordnung	Voruntersuchungen, Erstellung der Raumordnungsunterlagen	Informelle Beteiligung durch den Vorhabenträger
	Raumordnungsverfahren (ROV)	In der Regel formelle Beteiligung durch Landesplanungsbehörde
		Informelle Beteiligung durch den Vorhabenträger
	Linienbestimmung (bei Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen)	Ggf. formelle Beteiligung im Rahmen der UVP (so weit kein ROV bzw. ein ROV ohne UVP stattfand)
Zulassung	Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Erstellung der Planfeststellungsunterlage	Informelle Beteiligung durch den Vorhabenträger
	Planfeststellungsverfahren	Formelle Beteiligung durch Anhörungsbehörde
		Informelle Beteiligung durch den Vorhabenträger
Bau	Ausführungsplanung	Informelle Beteiligung durch den Vorhabenträger
	Bauausführung	Informelle Beteiligung durch den Vorhabenträger

Übersicht über die Verfahrensebenen (Quelle: BMVI)

Die Vorschläge beziehen sich auf kurzfristig anwendbare und praktische Maßnahmen, mit denen die Öffentlichkeit früher und konstanter an der Verkehrswegeplanung beteiligt werden soll. Bei den Vorschlägen zur formellen Beteiligung geht es z. B. darum, die gesetzlich vorgesehene Auslegung von Planunterlagen bürgerfreundlicher zu gestalten (z. B. Veröffentlichung im Internet, Bürgersprechstunden), im Raumordnungsverfahren zusätzlich einen Erörterungstermin durchzuführen und den Verfahrensablauf insgesamt transparenter zu gestalten. In Bezug auf die darüber hinausgehende informelle Beteiligung wird z. B. vorgeschlagen, bereits im Vorfeld die zu beteiligenden Akteure zu erfassen, ein vorhabenspezifisches Beteiligungskonzept zu entwerfen und die Bürger auch vor den formellen Planungsstufen dementsprechend in die Planung einzubeziehen (Veröffentlichungen im Internet, Bürgerveranstaltungen etc.).

Welche Instrumente - z. B. Internetinformation, Bürgerversammlung oder Runder Tisch - zu welchem Zeitpunkt genutzt werden, muss jedoch im Einzelfall bezogen auf die jeweilige Situation vor Ort entschieden werden. Starre Vorgaben helfen hier nicht weiter. Jedes Projekt ist anders, eine passgenaue Lösung für alle Vorhaben gibt es nicht.

Das Handbuch basiert auf einer Analyse verschiedener Verkehrsprojekte, die eine informelle Bürgerbeteiligung durchgeführt haben. Zu dem Entwurf des Handbuchs hat das BMVI im Frühjahr 2012 einen umfangreichen Konsultationsprozess durchgeführt. Teil dessen war eine Online-Konsultation, an der sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen konnten. Die Auswertung des Konsultationsverfahrens steht unter Anlagen ebenfalls zum Herunterladen zur Verfügung.